

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.234.844

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10425/J-NR/2022

Wien, am 27. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen haben am 28. März 2022 unter der Nr. **10425/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Liegenschaftsexekutionen seit 1.1.2020“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- 1. Wie hat sich die Fallzahl der „Liegenschaftsexekutionen“ seit dem 1.1.2020 im Monatsvergleich bis heute österreichweit entwickelt?
- 2. Wie hat sich die Fallzahl der „Liegenschaftsexekutionen“ seit dem 1.1.2020 im Monatsvergleich bis heute in den einzelnen Bundesländern entwickelt?
- 3. Wie hat sich die Fallzahl der „Liegenschaftsexekutionen“ seit dem Inkrafttreten im Juli 2021 im Monatsvergleich bis heute in den einzelnen Bezirksgerichts-Sprengeln entwickelt?

Aus Anlass der Anfrage wurde eine Auswertung der elektronischen Register der Verfahrensautomation Justiz (VJ) durch die Bundesrechenzentrum GmbH vorgenommen. Soweit Datenauswertungen möglich waren, sind diese der Anfragebeantwortung als Beilage angeschlossen.

Zur Frage 4:

- *Welche Schlüsse ziehen Sie als Justizministerin aus dieser Entwicklung?*

Zunächst wird festgehalten, dass die durch die Gesamtreform des Exekutionsrechts eingeführte Feststellung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit in keinem Zusammenhang mit der Liegenschaftsexekution steht. Im Fall einer öffentlichen Bekanntmachung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit ruhen nur die Exekutionsverfahren des betreibenden Gläubigers auf das bewegliche Vermögen; Liegenschaftsexekutionen sind von dieser nicht betroffen.

Zu den Auswertungen der Anfallszahlen ist folgendes anzumerken:

Im Zeitraum Jänner 2020 bis einschließlich März 2022 gab es österreichweit insgesamt 6.012 Anträge auf Liegenschaftsexekution: 2.798 im Jahr 2020, 2.613 im Jahr 2021 und 601 in den ersten drei Monaten des Jahres 2022. Zieht man nun die Zahlen der ersten drei Monate der Jahre 2020 (815) und 2021 (689) heran, zeichnet sich auch für das Jahr 2022 ein weiterer Rückgang der Anfallszahlen ab.

Der rückläufige Trend bei Liegenschaftsexekutionen spiegelt sich auch in den Anfallszahlen der einzelnen Bundesländer in diesem Zeitraum wieder. Lediglich in Wien und Kärnten stiegen die Anträge im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020. In Wien gab es 612 Anträge im Jahr 2020 und 694 im Jahr 2021. In Kärnten waren es 240 Anträge im Jahr 2020 und 245 Anträge im Jahr 2021. In beiden Bundesländern wird allerdings für die ersten drei Monate des Jahres 2022 ein Rückgang im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres sichtbar.

Zur Frage 5:

- *Sehen Sie als Justizministerin insbesondere auch weiteren Handlungsbedarf in der Konsumenten- und Schuldnerberatung, um „Liegenschaftsexekutionen“ zu reduzieren?*

Wie aus den Daten hervorgeht, ist die Anzahl an Anträgen auf Liegenschaftsexekutionen kontinuierlich rückläufig.

Darüber hinaus steht das Bundesministerium für Justiz in regelmäßigem Austausch mit der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

